

Druck auf Deutschland

US-Präsident John F. Kennedy und der Elysée-Vertrag

Benedikt Schoenborn*

» Der amerikanische Botschafter George McGhee betonte am 8. Oktober 1963 bei einer Rede in Düsseldorf, wie positiv seine Regierung den Elysée-Vertrag im Januar 1963 aufgenommen hätte: *„Wenn der deutsch-französische Vertrag nicht ohnehin arrangiert worden wäre, hätten die Vereinigten Staaten selber die Initiative ergriffen, um in Paris und Bonn einen solchen Vertrag anzuregen.“* Die Rede McGhees entsprach durchaus der offiziellen Sprachweisung des Weißen Hauses, war aber an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten.

Tatsächlich hatte die amerikanische Regierung auf den Elysée-Vertrag feindseliger und aggressiver reagiert als auf sämtliche Kritiken und Provokationen, die Staatspräsident de Gaulle in den folgenden Jahren gegen Washington lancieren sollte. Die heftige amerikanische Reaktion gegen den Elysée-Vertrag war kein Zufall. Vielmehr war sie das Ergebnis einer lange heranreifenden Analyse, die de Gaulles Europapolitik zunehmend als Bedrohung amerikanischer Interessen sah. Darüber hinaus lag der diplomatischen Gegenoffensive John F. Kennedys im Januar und Februar 1963

auch ein einseitiges und teilweise fehlerhaftes Verständnis der Situation zugrunde, wie dieser Artikel skizzieren wird.

Mit seiner giftigen Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 trug de Gaulle wesentlich dazu bei, dass Washington eine Woche später den Elysée-Vertrag als anti-amerikanische Aktion einstufte. Dabei ging es nicht nur um den Inhalt von de Gaulles Pressekonferenz und sein doppeltes Nein gegen den britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt sowie die Idee einer multilateralen Atomstreitmacht innerhalb der NATO. Laut

Pressions américaines

Même si, en rétrospective, la diplomatie américaine affirmait que la Maison-Blanche aurait pris l'initiative d'un rapprochement franco-allemand, si Paris et Bonn n'avaient pas signé le traité bilatéral du 22 janvier 1963, en réalité les Etats-Unis, et le président Kennedy en personne, ont tout fait pour dissuader le chancelier Adenauer de conclure un tel traité avec le général de Gaulle.

La conférence de presse, que le président français avait tenue une semaine plus tôt pour expliquer son refus catégorique d'accepter l'adhésion de la Grande-Bretagne au sein de la Commu-

nauté économique européenne et l'idée d'une force nucléaire multilatérale dans l'Alliance atlantique, avait été qualifiée d'anti-américaine par Washington. La veille de la signature, Washington a tenté de placer le gouvernement ouest-allemand face à un choix politique : Paris ou Washington. Pour ce faire, le chef de l'exécutif américain fit savoir qu'il approuvait un article du *New York Times* du 21 janvier, dans lequel il était écrit que les Etats-Unis ne pourraient pas coopérer avec une Europe gaulliste qui mépriseraient l'Amérique – article remis le jour-même par un diplomate américain au chancelier allemand. Réd.

* Dr. Benedikt Schoenborn ist *Senior Researcher* an der Universität Tampere in Finnland. Zu seinen Publikationen zählt das preisgekrönte Buch *La mésentente approuvée : de Gaulle et les Allemands* (PUF 2007).

Kennedy kamen diese Absagen nicht aus heiterem Himmel. Was der amerikanische Präsident aber nicht erwartet hatte, war die Art und Weise wie de Gaulle seine Position präsentierte, seine „*grund-sätzliche Gehässigkeit*“ gegen die Vereinigten Staaten und die „*endgültige Brutalität*“ gegenüber den

der *New York Times* an die amerikanischen Botschaften übermitteln mit dem Kommentar, der Artikel repräsentiere die Haltung des Weißen Hauses. Geschrieben war der Text von Kolumnist James Reston, mit dem Kennedy ein vertrauensvolles Verhältnis pflegte (zum Beispiel hatte Kennedy im Oktober 1962 persönlich bei Reston angerufen, um die Informationspolitik zur Kubakrise abzusprechen). In seinem hart formulierten Artikel vom 21. Januar argumentierte Reston, dass Washington nicht zusammenarbeiten werde mit einem nach innen gerichteten, gaullistischen Europa, das Amerika verachte; konsequenterweise stehe die deutsche Regierung nun vor einer wegweisenden Wahl zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Noch am gleichen Abend, dem 21. Januar, übergab ein amerikanischer Diplomat den Reston-Artikel mit zugehöriger Mahnung an Adenauers Delegation in Paris. Auch hochrangige amerikanische Persönlichkeiten wie Dean Acheson und John McCloy sprachen beim Bundeskanzler vor, um die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zu verschieben. Es ist allgemein bekannt, dass sich Adenauer davon nicht abhalten ließ, am nächsten Tag feierlich seine Unterschrift unter den Vertrag zu setzen.

Der deutsche Botschafter Karl Knapstein, der am 23. Januar die amerikanische Regierung vom erfolgreichen Abschluss des Elysée-Vertrags zu unterrichten hatte, erlebte die „*längste und härteste Auseinandersetzung*“ seiner Karriere. Präsident Kennedy empfing Knapstein in äußerst schlechter Stimmung und bezeichnete die möglichen Folgen des deutsch-französischen Vertrags als katastrophal für die ganze freie Welt. Das atlantische Bündnis würde dadurch Risse bekommen und zur kommunistischen Expansion einladen. Laut Kennedys (fragwürdiger) Analyse könne das NATO-Bündnis auch überhaupt nicht mehr funktionieren, wenn zwei Mitglieder sich vorab konsultieren und dann einen gemeinsamen Standpunkt vertreten wollten. Indirekt drohte der US-Präsident sogar mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa, wenn Bonn künftig den französischen Anti-Amerikanismus unterstütze. Diese Drohung, dass Washington sämtliche Truppen abziehen würde, sollte sich in den näch-

Des changements décisifs

« *Voici maintenant que ces messieurs [le chancelier Erhard et ses ministres] se lamentent devant le magasin réduit en miettes, devant un OTAN disloqué. Ils devraient se rendre compte que les paroles et les actes de de Gaulle sont à prendre au sérieux, et que ce fut une erreur de leur attribuer aussi peu de poids. L'événement d'aujourd'hui s'était annoncé par de nombreux indices, depuis longtemps déjà. Peut-être est-ce malgré tout de Gaulle qui occupe la position la plus forte, et non pas ses contradicteurs de Bonn ou de Washington ? En tout cas, la marge de manœuvre de la France est plus grande qu'on ne l'imaginait ici et là-bas : elle se fonde en effet sur la conjoncture mondiale, et c'est à cette seule circonstance que la France doit d'avoir pu quitter l'organisation militaire intégrée de l'OTAN et poursuivre une politique étrangère qui ne soit pas, selon les propres paroles du général de Gaulle, tributaire de l'hégémonie américaine. Si la situation avait encore été la même qu'à l'époque de la création de l'OTAN, la France n'aurait pas pu atteindre ses objectifs. Mais la conjoncture mondiale a connu des changements décisifs.* »

Une analyse de Heinz Abosch, écrite pour les *Blätter für deutsche und internationale Politik* (5/1966) après la décision de Paris de quitter l'organisation militaire intégrée de l'OTAN. Citée en traduction française dans *Documents* 3/1971.

Briten. Aus amerikanischer Sicht offenbarte diese Pressekonferenz, dass de Gaulle sich von den Prinzipien westlicher Partnerschaft abwandte.

Am 21. Januar 1963 – also schon einen Tag vor der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags – legte Präsident Kennedy seine Strategie fest. Er wollte Bonn vor die Wahl stellen: entweder Paris oder Washington. Um diese offensive Strategie durchzusetzen, ließ Kennedy unverzüglich einen Artikel

sten Tagen zu Kennedys entscheidendem Druckmittel entwickeln.

Grenzenlose Spekulationen

Wesentlich für das Verständnis dieser heftigen amerikanischen Reaktion ist auch die damalige Stimmung. Wie ein hoher Beamter später schrieb, löste der Elysée-Vertrag in Washington einen gewaltigen Schock aus und führte zu grenzenlosen Spekulationen. Eine Vielzahl von Sitzungen war die Folge, insbesondere in den zwei Wochen vom 21. Januar bis zum 5. Februar 1963. Kennedy diskutierte die Hintergründe des Vertrags und mögliche Gegenmaßnahmen in langen Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrats, eine spezielle Arbeitsgruppe wurde geschaffen und ein längerfristiges Planungspapier erarbeitet, das *State Department* tauschte eine Unmenge von Telegrammen aus mit den amerikanischen Botschaftern in Bonn, Paris, Brüssel und London.

Das Leitmotiv dieses umfangreichen Austauschs war, dass die deutsche Regierung sich zwischen Frankreich und den USA entscheiden müsse. Nach amerikanischer Sichtweise war dies die logische Folge von de Gaulles Politik. Denn eine deutsche Unterstützung seiner Ziele würde zu einem anderen Europa führen, als es die USA seit dem Zweiten Weltkrieg angestrebt hatten (wobei auf amerikanischer Seite Unklarheit herrschte, welche Ziele de Gaulle tatsächlich verfolgte). Dass die Gefahr von Frankreich ausging, die Gegenmaßnahmen aber auf Deutschland zielten, hatte laut amerikanischer Analyse einen einfachen Grund: die Erfolgsaussichten direkter Sanktionen gegen Frankreich wurden als zu gering eingestuft. Kennedys Beraterstab warnte sogar davor, de Gaulle direkt anzugreifen; der französische Präsident könne sonst die amerikanischen Strafmaßnahmen als Beweis dafür verwenden, dass Washington über die Geschehnisse Westeuropas alleine bestimmen wolle.

Der Druck auf Deutschland schien demgegenüber erfolgversprechender. Die deutsche Elite um den 87-jährigen Kanzler, der kurz vor seinem Rücktritt stand, war wenig geeint und in vielerlei Hinsicht von Washington abhängig. Auch kam das amerikanische Kabinett zum Fazit, dass

Deutschland die Schlüsselfunktion zukomme in der Entscheidung, ob de Gaulle sein „*anti-amerikanisches Design*“ in die Tat umsetzen oder ob er durch eine gemeinsame Front der europäischen Partner isoliert werden könne. In einem Drahtbericht nach Bonn drückte Botschafter Knappstein den selben Gedanken so aus: Bislang sei de Gaulles Politik für die Amerikaner bloß lästig gewesen; mit dem Elysée-Vertrag und dem vermuteten deutschen Beistand drohte de Gaulle nun wirkliches Gewicht zu erlangen und konnte deshalb in Washington nicht länger ignoriert werden.

Verschärft wurde die amerikanische Beurteilung der Situation durch verschiedene Gerüchte, die ihren Weg bis hinauf in die höchsten Gremien fanden. Am folgenschwersten war die kolportierte Geschichte eines angeblichen Schulterschlusses Paris-Moskau. Dieses ebenso gravierende wie falsche Gerücht wurde besonders von britischer Seite genährt. So teilte am 22. Januar ein hochrangiger britischer Diplomat, Michael Butler, einem amerikanischen Amtskollegen mit, de Gaulle sei „*verrückt*“ geworden und würde in Kürze das Ende des Ost-West-Konflikts verkünden wollen. De Gaulle verhandle mit den Sowjets über die Wiedervereinigung Deutschlands, so Butler, und die Errichtung einer entmilitarisierten Zone in Zentraleuropa. Entsprechend sei geplant, dass sich die Amerikaner schrittweise aus Europa zurückziehen hätten.

Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass Präsident Kennedy dieses Gerücht als Ausdruck einer realen Gefahr betrachtete. Am 25. Januar beauftragte er seine Berater die Möglichkeit zu untersuchen, dass de Gaulle „*einen Deal mit den Russen abschließen, die NATO auflösen und die USA aus Europa herausdrängen würde*“. Auch eine Woche später, am 31. Januar, war die Frage noch brandaktuell. Kennedy ordnete an, sämtliche Ressourcen der Geheimdienste auf die Frage zu konzentrieren, was zwischen Paris und Moskau verhandelt werde. Er stellte auch die Frage in den Raum, welchen französisch-russischen Deal die Deutschen womöglich akzeptieren könnten. Erst als Anfang Februar die feindselige sowjetische Haltung gegenüber dem Elysée-Vertrag klar wurde, verebbten diese amerikanischen Ängste.

Renforcer l'Europe

« Nous savons et déplorons que la France ne témoigne pas de la même volonté que les Allemands de prendre part à l'intégration militaire dans le cadre de l'OTAN. Aussi devons-nous être particulièrement satisfaits que le gouvernement fédéral n'ait pas hésité à accepter les propositions faites par les Etats-Unis en vue de sa coopération à la mise sur pied d'une force nucléaire multilatérale. L'OTAN comprend des Etats libres et indépendants d'importance diverse. C'est ce qui fait l'originalité et aussi la supériorité de cette alliance, qui ne légalise pas une prérogative de la puissance. Non seulement la République fédérale accepte le désir des Etats-Unis d'exercer le leadership au sein de cette alliance de partenaires dotés de droits égaux, mais encore elle a prié à diverses reprises le gouvernement américain de consentir à assumer ce rôle. Si la France et l'Allemagne ont décidé d'instaurer entre elles une étroite coopération, c'est dans l'intention de renforcer la politique européenne, de donner une impulsion nouvelle à l'intégration européenne, en dépit des échecs récemment enregistrés, et enfin de consolider la communauté atlantique. Dans le discours qu'il prononça à Philadelphie, le 4 juillet 1962, le

président Kennedy a demandé aux Européens de coopérer dans le cadre d'une Europe fortement unie, que les Etats-Unis considèrent comme un partenaire, et non comme une rivale. Il a souligné l'importance d'une coopération intercontinentale, et demandé l'instauration d'une alliance atlantique à laquelle nous sommes tout disposés. Nous attendons du gouvernement fédéral qu'il continue de poursuivre une politique active au sein de l'OTAN. Dans cet organisme, et peut-être également dans l'OCDE, il conviendrait de discuter du problème de la coopération atlantique. Nous ne devons manquer aucune occasion de faire usage des instruments dont nous disposons. L'un d'entre eux sera le traité franco-allemand, qui offre au gouvernement fédéral certaines possibilités d'harmoniser avec la France ses conceptions en matière de politique européenne et atlantique, de même que celles relatives à la réunification dans le cadre d'un Etat libre et constitutionnel. »

Heinrich von Brentano (1904-1964), ministre des Affaires étrangères de 1955 à 1961. Article écrit avant le débat au Bundestag sur la ratification du Traité de l'Elysée et publié en traduction française dans *Documents* 2/1963.

Inzwischen aber übten die amerikanischen Botschafter in Bonn und Brüssel direkten Druck auf die deutschen Politiker aus, in genauer Absprache mit Washington. Die erste Zielperson war logischerweise der Chef der Regierung, Bundeskanzler Adenauer. Allerdings zeigte sich dieser wenig empfänglich für die Druckversuche amerikanischer Emissäre, die auch mit dem „Ende Berlins“ drohten, und konterte damit, dass Washington die Situation und vor allem die Ziele de Gaulles falsch einschätze. Der französische Präsident wolle Westeuropa stärken und nicht den Bruch der atlantischen Gemeinschaft herbeiführen (im Rückblick betrachtet erscheint diese Einschätzung richtig). Die amerikanische Diplomatie zog daraus aber den Schluss, dass Adenauer den Ernst der Lage nicht wirklich verstünde. Schon ab dem 24. Januar zielte deshalb der amerikanische Druck vermehrt auf Adenauers potentielle Nachfolger, Gerhard Schröder und Ludwig Erhard.

Wunsch nach Einschränkungen

Hier fand US-Botschafter Walter Dowling offene Ohren. Trotzdem musste er einige Überzeugungsarbeit leisten, um den deutschen Ministern nahezubringen, dass Bonn nunmehr vor der Wahl zwischen Paris und Washington stehe. Einen ersten Schritt tat Dowling mit Einzelgesprächen am 24. Januar, in denen er den Reston-Artikel als korrekte Einschätzung der Situation darstellte. Darauf telegraphierte Dowling seiner Regierung, dass die deutschen Schlüsselfiguren stark besorgt seien über die amerikanische Haltung und empfahl, „sie ein paar Tage in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen“. Tatsächlich wartete Washington nun fünf Tage, um am 29. Januar einen entscheidenden und sorgfältig vorbereiteten Schritt weiterzugehen.

An diesem Tag traten die Vertreter der EWG-Länder zu ihren abschließenden Gesprächen in

Brüssel zusammen, um nach de Gaulles Pressekonferenz über weitere Verhandlungen mit den Briten zu entscheiden. Einige Minuten vor der ersten Sitzung, um 9 Uhr morgens, nahm US-Botschafter Tuthill Außenminister Gerhard Schröder beiseite, der die deutsche Delegation anführte. Tuthill übergab Schröder eine zweiseitige Botschaft aus Washington, gezeichnet von Außenminister Dean Rusk. Darin wurde de Gaulles Politik als konsequenter Versuch dargestellt, „die Nordatlantische Allianz zu zerstören“ und „die amerikanische Präsenz in Europa zu eliminieren“. Deshalb stehe die Bundesrepublik nun vor der Wahl zwischen engen Beziehungen zu Frankreich oder zu Amerika. Unverhohlen drohte das Telegramm aus Washington mit drastischen Konsequenzen, falls Bonn die falsche Wahl treffe und sich für Frankreich entscheide: dann würden die beiden Seiten des Atlantiks auseinanderdriften und Westeuropa dem Druck der Sowjetunion schutzlos ausgeliefert sein. Spontan drückte Schröder seine uneingeschränkte Solidarität mit Amerika aus.

Zwei Stunden später traf sich Botschafter Tuthill zu einem längeren Gespräch mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der eine Kopie von Rusks Telegramm ausgehändigt bekam. Nach meiner Analyse zeigte dieses Gespräch große Wirkung auf den außenpolitisch unerfahrenen Erhard, dessen ohnehin kritische Haltung zum Elysée-Vertrag sich danach wesentlich verhärtete. Die amerikanische Diplomatie war jedenfalls mit dem Ergebnis zufrieden und in Washington konnte man nunmehr davon ausgehen, dass Schröder und Erhard die richtige Wahl getroffen hatten. Wenn es darauf ankam, würden sie auf amerikanischer und nicht auf französischer Seite stehen.

Die Ursprünge und Bedeutung der Präambel, die der Bundestag dem Elysée-Vertrag etwas später hinzufügen sollte, werden an anderer Stelle in diesem Heft besprochen (siehe den Beitrag von Ulrich Pfeil). Hier sei betont, dass aus Kennedys Sicht die Präambel die deutsche Wahl zugunsten von Amerika und gegen Frankreich symbolisierte. Am 5. Februar 1963 besprach der US-Präsident genau diesen Punkt mit seinen Beratern. Die Opposition der USA gegen den Elysée-Vertrag



L'OTAN et la France

« La distinction faite en France entre l'Alliance, basée sur une étroite et sincère coopération avec les Etats-Unis, et l'intégration militaire dans le système de commandement de l'OTAN, n'a jamais été bien comprise en Allemagne. L'Alliance devait former un tout et être acceptée dans son intégralité pour être crédible. La décision de non-intégration de l'Espagne et de la Grèce fut plus facilement acceptée à Bonn que celle de la France, considérée comme une pièce maîtresse de la défense de l'Europe. Par ailleurs peu de responsables d'outre-Rhin tenaient compte des liens militaires établis par de Gaulle avec l'OTAN immédiatement après le retrait de la France du système intégré. Efficaces et satisfaisants du point de vue américain, ils furent par la suite régulièrement renforcés. Les Américains avaient donc assez vite estimé que la situation particulière de la France ne posait en pratique aucun problème majeur à l'Alliance. »

« La distinction faite en France entre l'Alliance, basée sur une étroite et sincère coopération avec les Etats-Unis, et l'intégration militaire dans le système de commandement de l'OTAN, n'a jamais été bien comprise en Allemagne. L'Alliance devait former un tout et être acceptée dans son intégralité pour être crédible. La décision de non-intégration de l'Espagne et de la Grèce fut plus facilement acceptée à Bonn que celle de la France, considérée comme une pièce maîtresse de la défense de l'Europe. Par ailleurs peu de responsables d'outre-Rhin tenaient compte des liens militaires établis par de Gaulle avec l'OTAN immédiatement après le retrait de la France du système intégré. Efficaces et satisfaisants du point de vue américain, ils furent par la suite régulièrement renforcés. Les Américains avaient donc assez vite estimé que la situation particulière de la France ne posait en pratique aucun problème majeur à l'Alliance. »

Alfred Frisch (1913-2010), ancien correspondant allemand pour diverses publications, notamment *Témoignage Chrétien* pendant la guerre et *La France catholique*, mais aussi *Dokumente* et *Documents*, qui ont publié ses nombreuses analyses sur les questions de défense et les relations franco-allemandes. Il a participé en 2005 à la publication du livre *J'ai vécu la Résistance* (chez Bayard Jeunesse). Cet extrait sur la France et l'OTAN a été publié dans *Documents* 1/1996.

müsse klar ersichtlich sein, um keinen Zweifel an der deutschen Wahl zwischen Paris und Washington zu lassen, so Kennedy. Auf seine Frage, was die Deutschen konkret tun sollten, hatte sich in seinem Beraterstab mittlerweile ein Konsens herausgebildet: Deutschland solle bei der Ratifizierung des Vertrags Einschränkungen bezüglich der NATO hinzufügen. Dass dieser Entscheid eine Stunde später als persönliche Idee des deutschen Emissärs Karl Carstens dargestellt wurde, entsprach durchaus dem Wunsch Kennedys.

Nach dem 5. Februar nahm die Dringlichkeit der amerikanischen Intervention gegen den

Elysée-Vertrag deutlich ab. In einem strategischen Planungspapier empfahl Botschafter David Bruce am 9. Februar, de Gaulles europäische Pläne mit erhöhter Attraktivität der atlantischen Partnerschaft zu durchkreuzen und von offenen, aggressiven Schritten abzusehen. Kühle Analysten wie der US-Botschafter in Paris, Charles Bohlen, gaben auch zu bedenken, dass Washingtons Verständnis von de Gaulles Haltung zum westlichen Bündnis bislang mangelhaft und sogar fehlerhaft gewesen sei.

Absurde Wahl?

Dennoch änderte sich die amerikanische Haltung in der Sache wenig. De Gaulles Politik wurde weiterhin als nationalistisch und gefährlich, die Präambel zum Elysée-Vertrag als essentiell eingestuft. Kennedys Besuch in West-Deutschland und -Berlin im Juni 1963 zielte ausdrücklich darauf ab, de Gaulles Einfluss zu schmälern und die amerikanische Vormachtstellung zu behaupten. Auch

ein deutsch-amerikanisches Militärabkommen, das im Sommer 1963 vereinbart wurde, unterminierte absichtlich (und erfolgreich) die im deutsch-französischen Vertrag vorgesehene Militärkooperation.

Gegen außen allerdings präsentierte sich Amerika als Mäzen deutsch-französischer Freundschaft. Als sich im Herbst 1963 der gut informierte französische Außenminister im *State Department* über die arglistige Wahl beschwerte, vor die Washington den deutschen Bündnispartner gestellt hatte, wurde seine Behauptung als Hirngespinnst abgetan. Niemals, erwiderte Außenminister Rusk heuchlerisch, hätte Washington auch nur auf die Idee kommen können, Bonn vor die absurde Wahl zwischen Frankreich und Amerika zu stellen. Eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit de Gaulles Europapolitik fand somit nicht statt. In der Folge trug auch der polemische Stil des französischen Präsidenten dazu bei, dass eine nüchterne Diskussion seiner Ideen weitgehend ausblieb.

Eine Etappe auf einem langen Weg

„Franzosen und Deutsche, schlimme Feinde des 19. und 20. Jahrhunderts und in Wahrheit beide Besiegte des letzten Krieges, haben sich zunächst in einem Klima der Not und Ohnmacht in die Gemeinsamkeit gefügt, haben sie dann gutgeheißen und freuen sich heute darüber. Ihre Freude angesichts des Vertrages ist also legitim und groß. Sie wäre vollständig, wenn die Umstände anders gewesen und gewisse politische Bedingungen bis dahin erfüllt worden wäre.“

Gewiss, der Vertrag kam nach dem herzlichen Empfang des Kanzlers Adenauer in Frankreich und der selten enthusiastischen Aufnahme des Generals de Gaulle in Deutschland; aber man hätte vielleicht bei der Unterzeichnung durch Begründungen und den feierlichen Rahmen deutlich machen sollen, dass er vom Volk getragen wird. So bewegend die Umarmung der beiden in ihrer Schlichtheit war, so hat sie doch nicht den ihr gebührenden Nachhall gefunden. Sie erschien weit aus mehr als eine zeitlich begrenzte Abmachung zwischen zwei Männern – vielleicht zwischen zwei Regierungen – denn als wahrhaft historische Tat.

Ein deutsch-französischer Vertrag bestand bereits den Tatsachen und dem Einvernehmen nach. Man hätte jedoch die psychologischen Fakten weit stärker berücksichtigen sollen. Als Eckpfeiler einer engen wirtschaftlichen und dann politischen Gemeinschaft hätte er ein gemeinsames Werk sein können, die großartige Kundgebung einer freiwillig verbundenen Entwicklung und eines die früheren Feindschaften verdeckenden Geistes. Er hätte anziehend und nicht abstoßend wirken können. Er hätte...

So, wie er ist, soll man ihn nicht unbedingt schlecht machen. Er kann sich ausweiten. Er bedeutet eine schüchterne, aber nicht unerhebliche Etappe auf dem langen Weg, der uns zum Aufbau und zur Einheit Europas führen muss – eines Europa des Westens, des Südens und des Nordens, aber auch des Ostens.“

Jean Valluy, stellvertretender Generalstabschef im Oberkommando der NATO (1953), Frankreichs Vertreter im ständigen Rat der NATO. Aus: *Dokumente* 2/1963.